



Urteil bringt auch Polizei in Bedrängnis

Trotz Unterzahl im Parlament hat die rot/grüne Landesregierung in Düsseldorf bislang noch keine Abstimmung verloren. Ob sie auch für den Landeshaushalt 2011 eine Mehrheit finden wird, ist seit dem vernichtenden Urteil des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs über den Nachtragshaushalt 2010 aber nicht sicher. NRW könnte deshalb schon bald vor Neuwahlen stehen. Wichtige Entscheidungen würden dadurch verschoben – mit weitreichenden Folgen auch für die Polizei.

Noch halten sich die Spitzenpolitiker der fünf Landtagsfraktionen mit Forderungen nach Neuwahlen zurück. Man müsse zuerst das schriftliche Urteil abwarten und die Entscheidungsgründe des Gerichts sorgfältig prüfen, hieß es in ersten Reaktionen der SPD nach der Urteilsverkündung. Und die CDU erklärte, dass sie jetzt erst einmal gespannt darauf warten wolle, ob es Rot/Grün gelingt, einen verfassungskonformen Haushalt für das laufende Jahr aufzustellen. Noch zögerlicher waren die Reaktionen der beiden kleinen Oppositionsparteien, FDP und Die Linke. FDP-Fraktionsvorsitzender Gerhard Papke erklärte, „Neuwahlen müssen das letzte Mittel sein, sonst wird nur die Politikverdrossenheit geschürt“. Und Bärbel Beuermann von den Linken sagte, das Urteil sei „kein Grund für Neuwahlen“. Beide Parteien müssen nach aktuellen Umfrageergebnissen um den Wiedereinzug in den Landtag bangen. Aber auch bei den Grünen, die von Neuwahlen voraussichtlich profitieren dürften, gibt es Vorbehalte gegen vorgezogene Wahlen. Grünen-Fraktions-Chef Reiner Priggen sagte, „das Verfassungsgericht hat nicht über Neuwahlen entschieden“. Ausgeschlossen sind Neuwahlen dennoch nicht. Insbesondere nicht, wenn Rot/Grün für den neuen Haushalt keine Mehrheit finden sollte.

Aber auch wenn es nicht dazu kommt, dürfte sich die Verabschiedung des Haushaltes für 2011 auf Grund des Münsteraner Urteils weiter verzögern. Das hat zumindest Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) unmittelbar nach dem Urteil durchblicken lassen. Kraft will in jedem Fall vermeiden, dass sie erneut vor dem Verfassungsgerichtshof scheitert. Sie lässt deshalb intern Veränderungen am vorliegenden Haushaltsentwurf prüfen.

Welche Folgen die möglichen Einsparungen für die Polizei haben werden, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt seriös nicht

einschätzen. Klar ist aber, dass auch eine Verschiebung des Haushaltes bereits zu weitreichenden Konsequenzen für die Polizei führen wird, von den Neueinstellungen bis zu den Beförderungen. Denn bevor der Haushalt für 2011 durch den Landtag verabschiedet worden ist, kann weder die vom Kabinett längst beschlossene Heraufsetzung der Neueinstellungen von 1100 auf 1400 umgesetzt werden, noch können Beförderungen ausgesprochen werden, die über den Nachersatz der aus Alters- oder aus anderen Gründen frei werdenden Stellen hinausgehen. Das heißt zwar nicht, dass die geplanten Beförderungen nicht kommen werden, aber sie kommen höchst wahrscheinlich erst nach der nächsten Beurteilungsrunde. Auch die 1400 Neueinstellungen wer-

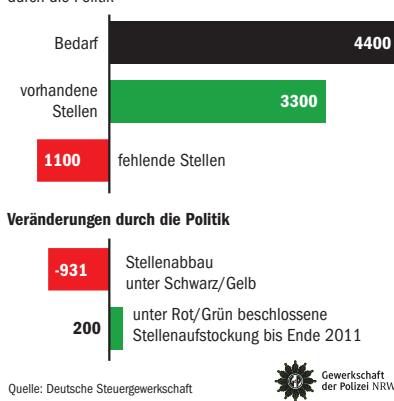
den wohl kommen. Aber endgültig gesichert sind sie erst, wenn die dafür notwendigen Haushaltsmittel vom Landtag bereitgestellt worden sind.

Hinzu kommt, dass auch bereits laufende Gesetzgebungsverfahren zum Teil nicht mehr abgeschlossen werden können, wenn sich der Landtag vorzeitig auflösen sollte. Das betrifft insbesondere das neue Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG), mit dem die rot/grüne Landesregierung die von Schwarz/Gelb geschleifte Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder herstellen will, aber auch die längst überfällige Dienstrechtsreform. Die LPVG-Reform steht voraussichtlich erst im Sommer im Landtag zur Abstimmung.

→ Seite 2

Bewusst am Bedarf vorbei

Zahl der Betriebsprüfer in NRW und deren Veränderung durch die Politik



Unter Schwarz/Gelb ist in NRW die Zahl der Betriebsprüfer massiv abgebaut worden. Ein Geschenk an die Unternehmen, das zu erheblichen Steuerausfällen geführt hat. Die rot/grüne Landesregierung will diese Entwicklung durch die Einstellung von 200 zusätzlichen Betriebsprüfern wieder umkehren, aber das reicht nicht, um alle Betriebe regelmäßig zu prüfen.

500 Millionen Euro verschenkt

Verlorene Steuereinnahmen durch fehlende Betriebsprüfer in NRW (in Euro/Jahr)



Weil es in NRW nicht genügend Betriebsprüfer gibt, gehen dem Land jedes Jahr 500 Millionen Euro an Steuereinnahmen verloren. Nicht nur Großkonzerne, sondern auch viele kleinere und mittelständische Unternehmen werden häufig nicht entsprechend ihrer Gewinne besteuert.



Seit Fukushima ist alles anders

Seit dem 12. März 2011, 15.36 Ortszeit, ist alles anders. Die Reaktorkatastrophe von Fukushima und der vorausgegangene Tsunami haben nicht nur unendliches Leid über die unmittelbar betroffenen Menschen gebracht, sondern sie werden auch tief greifende ökologische und wirtschaftliche Verwerfungen nach sich ziehen. Auch in Europa. Deshalb mutet die Häme, mit dem CDU und FDP die amtierende Landesregierung wegen des verfassungswidrigen Haushalts überziehen, wie ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten an.



Sicher, das Land muss seinen Haushalt in Ordnung bringen. Wir müssen Ein- und Ausgaben des Staates wieder ins Gleichgewicht bringen. Aber man kann einen Staat auch kaputt sparen. Wir können weiter, wie bislang, an der Bildung sparen. Wir können weiter munter die soziale Spaltung der Gesellschaft fördern und die Kommunen bis zum geht nicht mehr finanziell aushungern – nur eine Zukunft gewinnt Deutschland auf diese Weise nicht. Nach Fukushima erst recht nicht.

Denn dass nach dem Inferno in Japan in Deutschland alles weitergeht, dass unsere Exportindustrie von der Katastrophe völlig unbeeindruckt weiterwächst, dass die Steuereinnahmen munter weitersprudeln und das Energiesystem quasi aus der Portokasse umgebaut werden kann, glauben selbst die Politiker nicht. Deshalb ist die Zeit, in der wir jetzt leben, die Zeit des ernsthaften Nachdenkens. Nicht der Häme. Es ist die Zeit des Nachdenkens darüber, wie wir nicht nur unser Energiesystem nachhaltig gestalten können, sondern auch darüber, wie wir den Staat finanziell so ausstatten, dass er die Aufgaben, die die Bürger von ihm erwarten, schultern kann.

Frank Richter

Widerspruchsverfahren werden ruhend gestellt

Wie bereits in der letzten Ausgabe (Landesjournal 3/2011) berichtet hat das OVG Lüneburg Ende Januar entschieden, dass der Bereitschaftsdienst bei Großeinsätzen als Arbeitszeit zu bewerten ist, wenn der Beamte seinem Dienstherrn jederzeit zur Verfügung stehen muss, um sofort seine Leistungen zu erbringen. Wie nicht anders zu erwarten, hat das Land Niedersachsen hiergegen Revision beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) eingelegt. Damit bis zur endgültigen Entscheidung der Leipziger Richter nicht jeder betroffene Polizeibeamte aus NRW wegen der Anerkennung der Bereitschaftszeit klagen muss, hat die GdP mit Innenminister Ralf Jäger (SPD) ein vereinfachtes Verfahren zur Wahrung des Rechtsanspruchs auf Bezahlung der Bereitschaftszeiten vereinbart.

Danach gilt:

Ab dem März 2011 legen die Kolleginnen und Kollegen bei jedem Einsatz, bei dem die Bereitschaftszeit nicht vergütet wird, Widerspruch ein. Im Gegenzug erklärt sich das Innenministerium bereit, die Entscheidung über den Widerspruch bis zur Entscheidung des BVerwG aussetzen und auf die Einrede der Verjährung zu verzichten. Der Vorteil: Dadurch können eine Vielzahl von sonst notwendigen Einzelklagen vermieden werden, ohne dass den betroffenen Kolleginnen und Kollegen ein Rechtsnachteil entsteht.

Auf der GdP-Homepage werden entsprechende Widerspruchsformulare zum Download bereit gestellt, sobald der Erlass vorliegt. (www.gdp-nrw.de, Pfad: Infothek, Bereitschaftspolizei, News 2. März 2011)

Fortsetzung von Seite 1

mung, für die Dienstrechtsreform gibt es noch keinen Zeitplan. Und für andere Gesetzesvorhaben, wie zum Beispiel die von der Koalition angekündigte Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehruzulage, gibt es noch nicht einmal eine Vorlage.

Aber noch gehen die Gesetzgebungsverfahren im Landtag ihren normalen Gang. Mitte März hat die GdP deshalb den Abgeordneten eine Stellungnahme zum bislang vorliegenden Haushaltsentwurf zukommen lassen. Für die Beamten fordert die GdP neben der Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage die Einführung einer monatlichen Zulage von 100 Euro für die Einsatzhundertschaften. Dadurch soll die enorm gestiegene Arbeitsbelastung in diesem Bereich zumindest zum Teil ausgeglichen werden. Zudem muss nach Meinung der GdP analog der bereits seit längerem im Bund geltenden Regelung die Erschwerniszulage für die Spezialkräfte von 153,99 Euro auf 400 Euro angehoben werden. Auch die DUZ-Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten entspricht längst nicht mehr den Vergütungen, die für vergleichbare Leistungen an Beschäftigte in der freien Wirtschaft gezahlt wird. Sie müsste deshalb von 1,28 Euro in den Nachtstunden bzw. von 2,71 Euro an Feiertagen auf mindestens 5,00 Euro steigen. Zudem mahnt die GdP erneut die Ausweitung des Stellenplans im höheren Dienst an. In vielen Polizeibehörden in NRW bleiben Funktionen des höheren Dienstes derzeit unbesetzt, weil die vorhandene Zahl der Planstellen nicht ausreicht, um alle Funktionen zu besetzen. Dieses Problem wird sich durch den wachsenden Stellenbedarf im Bereich der Bachelor-Ausbildung sogar noch verschärfen.

Im Tarifbereich dringt die GdP auf die Wiedereinrichtung der Einsatzküchen. Zudem müssten in einzelnen Bereichen zusätzliche Stellen geschaffen werden, insbesondere in den Küchen und den polizeieigenen Kfz-Werkstätten. Junge Menschen, die bei der Polizei eine Berufsausbildung absolviert haben, müssen in ein Dauerarbeitsverhältnis übernommen werden.

Ob die von der GdP aufgestellten Haushaltsforderungen finanzierbar sind, hängt vor allem von der Entwicklung der Steuereinnahmen ab. Dazu müssten aber auch die Unternehmen gerecht besteuert werden (siehe Grafik). Denn ohne eine solide Finanzausstattung hat der Staat in Deutschland keine Zukunft.





Wichtiger Erfolg in schwieriger Zeit

Ohne öffentlichen Druck bewegt sich bei Tarifverhandlungen nichts. Deshalb war es wichtig, dass nicht nur in NRW, sondern auch in vielen anderen Bundesländern Tausende von GdP-Mitgliedern während der Tarifverhandlungen mit den Ländern auf die Straße gegangen sind. Allein in Düsseldorf hatte die GdP bei der Demonstration am 1. März mehr als 1500 Tarifbeschäftigte und Beamte mobilisiert und damit einen Abschluss mit durchgesetzt, durch den die Beschäftigten bei Polizei und Feuerwehr, in den Schulen und in der Landesverwaltung wieder Anschluss an die Einkommensentwicklung in anderen Branchen finden.

„Der Abschluss ist zwar kein Grund zum Jubeln, aber er ist ein wichtiger Erfolg in schwieriger Zeit“, hatte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter unmittelbar nach dem Ende der in Potsdam geführten Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) erklärt. Immerhin garantiert der Abschluss den Beschäftigten in den kommenden zwei Jahren eine Tarifierhöhung, die nach heutiger Erkenntnis zumindest oberhalb der Inflationsrate liegt – trotz der akuten Finanznot der meisten Länder. Gemeinsam mit Brigitte Herrschaft, im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand für die Tarifpolitik zuständiges Mitglied, und mit Jutta Jakobs als weitere Vertreterin der Tarifbeschäftigten in NRW hatte Richter als Mitglied der Großen Tarifkommission der GdP die Verhandlungen mit den Ländern aus unmittelbarer Nähe beobachten können. „Was dort zu hören war, war alles andere als feierlich“, warnte Richter vor überzogenen Vorstellungen an das, was in Potsdam alles möglich gewesen wäre. Und er lobt die Landesregierung von NRW. „Dass Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) bereits unmittelbar nach dem in Potsdam erzielten Abschluss erklärt hat, dass das Ergebnis ohne jedes Wenn und Aber eins zu eins auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird,

ist ein wichtiges Signal für die Zukunftsfähigkeit des Landes“, sagte Richter. „Denn in Zukunft muss das Land nicht nur bei den Tarifbeschäftigten, sondern auch bei den Beamten um die kleiner werdende Zahl qualifizierter Schulabgänger konkurrieren. Ein Wettbewerb, den wir nur über gute Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung gewinnen können.“

Auch Tarifvorstand Brigitte Herrschaft ist mit dem Abschluss zufrieden. „Nur vierzehn Tage später hätte das Ergebnis ganz anders aussehen können“, fürchtet Herrschaft, „denn das Münsteraner Urteil zur Verfassungswidrigkeit des Nachtragshaushalts von NRW und erst recht die ökonomischen Verwerfungen, die durch die Reaktor Katastrophe in Japan auf uns zukommen werden, werden auch am öffentlichen Dienst nicht spurlos vorbeigehen.“

Wichtig für den Erfolg der Gewerkschaften war nach Herrschaft Einschätzung auch der Schlichterabschluss zwischen den Tarifbeschäftigten und den Beamten. „Mehr geht nicht!“ stand auf den Transparenten der GdP, auf denen bis zum letzten Tropfen ausgequetschte Tarifbeschäftigte und Polizeibeamte

gezeigt wurden. Eine Anspielung auf die ständigen Sonderopfer, die beide Beschäftigtengruppen in den vergangenen Jahren zur Sanierung des Landeshaushalts bereits erbracht haben.

Mehr Infos zum Tarifabschluss: siehe Bundesteil dieser Ausgabe.



Mehr Ermessensspielraum für die Polizei

In Kürze will Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) den lange angekündigten Erlass zur Heraufsetzung der Eigenbedarfsmengen vorlegen. In Zukunft soll die Staatsanwaltschaft bei Haschisch-Besitz bis zu zehn Gramm auf eine Strafverfolgung verzichten können. Die GdP befürwortet eine noch weitergehende Reform: Auf dem Kriminalforum über „Neue Wege in der Drogenpolitik“ Ende Februar in Düsseldorf hatte sie gefordert, dass die Polizei die Möglichkeit erhalten muss, bei Kleinstkonsumenten das Verfahren auch ohne Einschaltung der Staatsanwaltschaft einzustellen. Die GdP will dadurch Ressourcen für die Verfolgung der Dealer und Hintermänner des weltweit agierenden Drogenkartells frei bekommen.

Fast eine viertel Million Rauschgiftdelikte werden jedes Jahr in Deutschland von der Polizei zur Anzeige gebracht, doch nur selten befinden sich unter den Beschuldigten die wirklich großen Fische. Mehr noch: Die weit überwiegende Zahl der Strafverfahren wird von der Staatsanwaltschaft wegen Geringfügigkeit eingestellt, kaum dass sie ihr von der Polizei vorgelegt worden sind. Für die GdP ist das eine Ressourcenverschwendung. Auf dem Kriminalforum der GdP hat Landesvorsitzender Frank Richter deshalb gefordert, dass die Polizei bei der

Verfolgung von Kleinstkonsumenten weicher Drogen einen Ermessensspielraum bekommt. Denn den hat sie auch nach der von Kutschaty durchgesetzten Heraufsetzung der Eigenverbrauchsmengen nicht, weil sie auch in Zukunft auf Grund des Legalitätsprinzips jeden Konsumenten zur Anzeige bringen muss. „Uns geht es nicht um eine Verharmlosung von Drogen“, hatte Richter auf dem GdP-Forum erklärt, „aber wir müssen uns der Frage stellen, ob wir die Ressourcen bei der Drogenbekämpfung immer zielgerichtet einsetzen“. Um die Bosse



und Hintermänner des Drogenkartells besser ins Visier nehmen zu können, fordert die GdP zudem bei Verdacht auf Drogenhandel eine Umkehr der Beweislast. „Statt der Polizei die Aufgabe zu überlassen, im Detail nachzuweisen, dass die sichergestellten Gelder illegal erworben worden sind, müssten die Verdächtigten selbst den Nachweis erbringen müssen, dass sie die Gelder legal erworben haben. „Nur wenn wir die Gewinne abschöpfen, haben wir eine Chance die Drogenkartelle zu besiegen.“

Für beide Forderungen fand die GdP auf ihrem Forum bei den anwesenden Polizeipraktikern aus NRW-Großstädten mit Drogenschwerpunkten und den Vertretern von Suchtberatungsstellen und Wissenschaft viel Unterstützung. „Wir arbeiten uns im Drogenbereich noch immer an den Verkehrt ab“, betonte Wulf Klinge, Leiter der gemeinsamen Anlaufstelle Bonner Innenstadt von Polizei und Ordnungsamt. Klings Dienststelle kümmert sich um die mehr als 1000 Drogenabhängigen der früheren Bundeshauptstadt. Mit Erfolg, denn Klinge setzt nicht nur auf Repression, sondern auch auf Hilfsangebote für die Abhängigen.

Auch in Münster werden Drogenabhängige nicht nur als potenzielle Straftäter gesehen. Bereits seit zehn Jahren gibt es dort einen Drogenkonsumraum. Er hat dazu beigetragen, dass die Zahl der Drogentoten rückläufig ist. „In Münster gibt es bei BTM-Delikten keinen rechtsfreien Raum“, erklärte Jürgen Kleis, Lei-

Wählen gehen!

Am 1. Juni 2011 ist der Stichtag für die nächste Sozialwahl in Deutschland. Bis zu diesem Tag werden bei allen gesetzlichen Sozialversicherungsträgern die Selbstverwaltungsparlamente neu gewählt. Wählen dürfen rund 48 Millionen Versicherte der Deutschen Rentenversicherung Bund sowie der fünf Ersatzkassen. Die Sozialwahlen gelten – selbst unter politisch Interessierten – oft als unwichtige Wahl. Zu Unrecht, denn bei den Sozialwahlen geht es um viel Geld. Es geht um die Verwendung der Versicherungsbeiträge der Krankenkassen und der Rentenversicherung. Mit der Sozialwahl nehmen die Versicherten im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben die Vertretung ihrer Belange selbst in die Hand.

Die Sozialwahl ist eine reine Briefwahl. Die Wahlunterlagen werden allen Wahlberechtigten unaufgefordert per Post zugeschickt. Wer bei der Deutschen Rentenversicherung und bei einer der

Ersatzkassen versichert ist, erhält zwei Wahlbriefe.

Wichtig: Pro Stimmzettel darf nur eine Liste angekreuzt werden! Danach müssen die ausgefüllten Unterlagen nur noch per Post zurückgeschickt werden. Die Wahlunterlagen werden im Zeitraum vom 11. bis 21. April 2011 zugeschickt. Sobald die Unterlagen vorliegen, kann man seine Stimme abgeben. Der Stimmzettel muss bis zum Stichtag 1. Juni 2011 zurückgeschickt sein. Wichtig: Es gilt der Tag des Posteingangs, nicht der Tag des Poststempels.

Damit nach der Wahl nicht selbst ernannte Interessenvertreter die Verwaltungsräte der Rentenversicherung und der Ersatzkassen bevölkern, treten der DGB und seine Gewerkschaften mit eigenen Wahlvorschlägen an. Die GdP ruft ihre Mitglieder auf, Kandidaten der Liste des DGB zu wählen.

Mehr Infos: www.sozialwahlen2011.de

→ Seite 5



GdP INTERN

Fortsetzung von Seite 4

ter des Leitungsstabs des PP Münster, „aber der Drogenkonsumraum leistet einen wichtigen Beitrag zur Lösung des Drogenproblems“. Allerdings sei die Politik auf halben Weg stehen geblieben, weil der Transport des notwendigen Stoffs in den Drogenkonsumraum selbst für Schwerstabhängige noch immer unter Strafe steht. Ein Dilemma, das die GdP auflösen will. „Wir brauchen auch im Umfeld der Drogenkonsumräume eine Möglichkeit für die Polizei, auf die Strafverfolgung Abhängiger wegen Drogenbesitzes zu verzichten“, sagte GdP-Vorstand Wolfgang Spies.



Sieben Jahre war Konny Wolf Mitarbeiterin des GdP-Landesbezirks. Zuerst als Sekretärin in der damaligen Abteilung I (Arbeitschutz/Personalvertretungsrecht/JAV), seit September 2005 als Sekretärin des GdP-Landesvorsitzenden Frank Richter. Ende März ist Konny Wolf aus dem GdP-Dienst ausgeschieden, um sich einen persönlichen Lebensraum zu verwirklichen: den Umzug an den Bodensee. Ihre Aufgaben bei der GdP übernimmt Jutta Seurer, bislang Mitarbeiterin in der Abteilung Werbung/Jugend.

Wir sind die GdP



Genau 100 Jahre ist es her, dass am 19. März in Deutschland, im damaligen Österreich-Ungarn, in der Schweiz und in Dänemark zum ersten Mal Frauen gemeinsam auf die Straße gegangen sind, um für die Einführung des Frauenwahlrechts und für gleichen Lohn zu demonstrieren. Der erste Internationale Frauentag überhaupt, erst später wurde er auf den 8. März verlegt. Das Wahlrecht für Frauen ist inzwischen längst Geschichte, aber bei der zweiten Hauptforderung, der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern, hat sich in den vergangenen 100 Jahren wenig bewegt. Noch immer verdienen Frauen in Deutschland im Schnitt 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Auch bei der Polizei gibt es eine Geschlechterdiskriminierung, z. B. im alltäglichen Umgang miteinander.

An dieser Ungleichheit etwas zu ändern, ist Ziel des Internationalen Frauentags, zu dem der DGB in diesem Jahr nach Mülheim eingeladen hatte. Zu einem Fest mit Theater und Performance-Aufführungen, einem Grußwort von NRW's Gleichstellungsministerin Barbara Steffens und einer politischen Talkrunde. Mit dabei war auch ein gutes Dutzend GdP-Frauen. „Gleichberechtigung bei der Polizei ist noch immer schwierig“, meint Kirsten Salewski vom GdP-Frauenstand. Ein Grund, warum sie mit anderen Frauen nach Mülheim gefahren ist. „Es ist natürlich positiv, dass bei der Polizei auch Frauen bei der Besetzung von Führungspositionen berücksichtigt worden sind“, lobt Salewski, „aber unter dem Strich besteht noch immer ein immenser Nachholbedarf“. Auch Helma Skiba und Sonja Galatsch-Perry wünschen sich einen unverkrampfteren Umgang der Polizei mit dem Thema Gleichberechtigung. „Es wäre toll, wenn Frauenförderung bei der Polizei zum selbstverständlichen Bestandteil der Personalentwicklungspolitik werden würde.“ Ein Anspruch, bei dem die GdP-Frauen auch bei ihrer Gewerkschaft noch Nachholbedarf sehen.

GdP aktiv

5. 4., Ausstellungsbesuch „Napoleon und Europa“, Kreisgruppe Bonn, 14.30 Uhr, Foyer Bundeskunsthalle, Friedrich-Ebert-Allee 4, Bonn, Eigenbeitrag: 7,00 Euro (Nichtmitglieder 9,00 Euro), Anmeldung: 0 22 41/31 22 00

6. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Bonn, 15.00 Uhr, PP Bonn, Königswinterer Str. 500, Bonn, Anmeldung: 02 28/15-10 52

13. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, 16.30 Uhr, Kreishaus, Kantine, Hauptstr. 92, Schwelm, Anmeldung: 0 23 36/91 66-15 01

14. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Paderborn, 16.00 Uhr, Dr.-Rösig-Damm 170, Paderborn

14. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Hamm, 16.30 Uhr, Tennisheim SV 26 Heessen, Schloßstraße, Hamm, Anmel-

dung: 0 23 81/8 76 40 34

5. 5., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Hamm, 16.00 Uhr, Bürgerkeller der AWO, Ostenwall 60, Hamm

18. 5., Außerordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Dortmund mit Wahl des Kreisvorsitzenden, 14.00 Uhr, Werkssaal der Stadtwerke Dortmund, Von-den-Berken-Str. 10, Dortmund



Korrekturen beim Bachelor-Studium

Am 1. September werden in NRW 1400 statt 1100 Kommissaranwärterinnen und -anwärter ihr Bachelor-Studium beginnen. Die steigende Zahl der Berufseinsteiger bei der Polizei stellt nicht nur die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) vor enorme Herausforderungen, sondern auch die anderen an der Polizeiausbildung beteiligten Einrichtungen. Damit die Qualität der Polizeiausbildung nicht unter der steigenden Zahl der Neueinstellungen leidet, fordert die GdP eine gerechte Verteilung der angehenden Polizeibeamten auf die einzelnen Hochschul- und Ausbildungsstandorte. Zudem muss die personelle Ausstattung der Fachhochschule verbessert und die drei Jahre alte Studienordnung von Geburtsfehlern bereinigt werden.

Erste Ideen, wie die bestehende Studienordnung verändert werden soll, um die in der Praxis aufgetretenen Probleme zu

beseitigen, hat die GdP Ende Februar auf einem eintägigen Bildungssymposium diskutiert, zu dem sie Vertreter der Fachhochschule und des LAFP, der Ausbildungs- und Kooperationsbehörden, Lehrende und Studierende eingeladen hatte. Das Fazit der Tagung: Der neue Studienverlauf mit seiner engen Verzahnung von Theorie- und Trainings- und Praxisphasen hat sich bewährt, aber in vielen Detailfragen muss der Studienverlauf verändert werden. Kritisiert wurde von den Teilnehmern des Symposiums vor allem Lage und Häufigkeit der Prüfungen.

In einer Anhörung des Landesparlamentes am 23. März hatte die GdP zudem darauf hingewiesen, dass die personelle

Ausstattung der Fachhochschule nicht ausreicht, um die wachsende Zahl der Kommissaranwärter sachgerecht auszubilden zu können. In einzelnen Kursen sei die Zahl der Studierenden bereits jetzt von 25 auf 33 gestiegen. Ein weiterer Anstieg würde zu einem Qualitätsverlust führen. Zudem kritisiert die GdP auch das z. T. vorhandene Missverhältnis zwischen der Zahl der Studierenden und der Polizeibeamten im Wach- und Wechseldienst, die als Tutoren zur Verfügung stehen. Für nicht akzeptabel hält die GdP auch die weiten Fahrwege, die einzelne Studierende zurücklegen müssen, weil ihre Kurse einen anderen Hochschulstandort verlegt worden sind.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 8. 4. Karl Leike, Lemgo
- 9. 4. Margot Eppmann, Iserlohn
- 10. 4. Erna Hubrich, Wilnsdorf
Johanna Kurtz-Podschun, Köln
- 12. 4. Margarete Piepereit, Köln
- 18. 4. Martha van der Bend, Neuss
- 19. 4. Margarete Aman, Wuppertal
- 20. 4. Frieda Philipp-Bönisch, Bochum
- 21. 4. Fritz Neunzig, Lohmar
Herbert Voegeding, Wuppertal

91. Geburtstag

- 9. 4. Edeltraut Walter, Forchheim
- 10. 4. Franz Klein, Köln
- 11. 4. Irma Breunig, Aachen
Hedwig Ufermann, Oberhausen
- 16. 4. Heinz Witt, Burg auf Fehmarn
Frieda Salchow, Bielefeld
- 19. 4. Martha Grohmann, Ratingen
- 21. 4. Franz Hölzer, Solingen
- 22. 4. Hildegard Garloff, Harsewinkel
Ilse Packebusch, Haltern
Willi Tegethoff, Wuppertal
- 23. 4. Anneliese Schneider, Waldbröl
- 27. 4. Babette Sobiech, Herten
Katharina Wiemers, Paderborn
- 28. 4. Stefan Kremer,
Bergisch Gladbach
- 30. 4. Günter Benninghoven,
Wuppertal
Katharina Krebs, Siegen

92. Geburtstag

- 10. 4. Wilhelm Kramer,
Schloß Holte-Stukenbrock
Hans Zimmermanns, Monschau
Maria Redemund, Gescher
Margot Stöcker, Köln
- 24. 4. Maria Wolter, Mechernich

93. Geburtstag

- 17. 4. Gertrud Schippers,
Mönchengladbach
- 28. 4. Andreas Suckau, Köln

94. Geburtstag

- 16. 4. Anna Hüsgen, Bornheim

95. Geburtstag

- 18. 4. Herta Hemmer, Gelsenkirchen
- 27. 4. Peter Jansen, Gangelt

96. Geburtstag

- 1. 4. Bernard Sievers, Bad Lippspringe

97. Geburtstag

- 5. 4. Anna Stab, Recklinghausen

98. Geburtstag

- 2. 4. Ilse Luckhardt, Sögel

99. Geburtstag

- 13. 4. Maria Knaack, Mönchengladbach
- 28. 4. Mathilde Schulte, Bochum

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe ist der 4. April 2011.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**

in Kurzfassung - April 2011



Golfwoche

19. - 26. Juni 2011

(Fronleichnam)

Ramsau am Dachstein - Sporthotel Kobaldhof

- ⇒ 7 Übernachtungen mit Halbpension im Sporthotel Kobaldhof (www.kobaldhof.at) auf 1100m Seehöhe am Fuße des Dachsteinmassivs
- ⇒ Biofrühstücksbuffet und abends Wahlmenü mit Salat- und Dessertbuffet
- ⇒ Benutzung Hallenbad und Saunalandschaft
- ⇒ Leihweise Bademantel und Hausschuhe auf dem Zimmer
- ⇒ Greenfee für alle Tage auf der hauseigenen 10-Loch Golfanlage (9xPar3; 1xPar4)
- ⇒ Ermäßigtes Greenfee auf den 18-Loch Top-Golfanlagen in Schladming, Radstadt und Pichlarn (ca. 15-30 Autominuten)

**Ideal für Golfanfänger sowie ambitionierte Spieler, die ihr Spiel in lockerer Atmosphäre verbessern wollen.
Anfängerkurse und Pro-Stunden sind vorab buchbar.**

**Reisepreis pro Person bei eigener Anreise
im Doppelzimmer
ab € 349,-**

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf

Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-service-nw.de • pinguin@gdp-service-nw.de



GdP INTERN



Nach einem Jahrzehnt mit realen Einkommensverlusten und einer von der Politik forcierten Umverteilung zu Gunsten der besser Verdienenden und der Unternehmen machen die Gewerkschaften in Deutschland für mehr soziale Gerechtigkeit mobil: „Das ist das Mindeste. Faire Löhne. Gute Arbeit, Soziale Sicherheit“ lautet das Motto, unter dem Gewerkschaftsmitglieder am 1. Mai an über 80 Orten in NRW auf die Straße gehen. Ergänzt um Forderungen nach einem raschen Ausstieg aus der Atomenergie. Hauptredner der zentralen 1.-Mai-Kundgebung in NRW sind diesem Jahr in Oberhausen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und der DGB-Bezirksvorsitzende Andreas Meyer-Lauber. Der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter spricht in Bochum.

**Werbeaktion 2011
Glücksnummern des Monats**

- 45 20327
Marvin Bentrup, Bielefeld
- 45 18456
Philipp Wypler, Duisburg
- 45 00496
Thomas Braßel, Dortmund
- 45 19380
Alina Friedhoff, Coesfeld

Die Gewinner erhalten einen Auto-Isolierbecher „Car-Cup“.

Vertrauensleuten erhältlich, Treffpunkt: 20.00 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Str. 3, 41836 Hückelhoven-Hilfarth

Kreisgruppe Kleve

26. Mai, Mitgliederversammlung, Treffpunkt: 16.30 Uhr, Hotel Litjes, Pfalzdorfer Str. 2, 47574 Goch

Kreisgruppe Bezirksverband Münster

5. April, Treffen der Ansprechpartner für Senioren, Treffpunkt: 9.30 Uhr, Sitzungssaal über der Kantine des LAFP, Weseler Str. 264, 48151 Münster

Kreisgruppe Wesel

4. April, Seniorentreffen, aktuelle Entwicklungen der Versorgung und Dienstrechtsreform, Gäste: Landtagsabgeordnete und Mitglied des Innenausschusses Ibrahim Yetim (SPD) und Anton Wiewers, Treffpunkt: 15.00 Uhr, AWO, Ehrenmalstr. 2, 47447 Moers-Kapellen

Senioren aktuell

Kreisgruppe Bonn

22. Juli, Busausflug zur Bundesgartenschau in Koblenz, Treffpunkt: Busbahnhof Ramersdorf, Beitrag GdP-Mitglieder: 22,00 Euro (Nichtmitglieder: 26,00 Euro), Anmeldung: Bernd Pichler, Tel.: 0 22 41/31 22 00.

Kreisgruppe Duisburg

25. Mai, Seniorenausflug nach Münster, Treffpunkt: 8.00 Uhr, Polizeipräsidium, Düsseldorf Str. 161/Ecke Curti-

usstr., 8.15 Uhr Bahnhof Meiderich, Vonder-Mark-Str. 29, Einzelheiten sind dem Seniorenkurier zu entnehmen

Kreisgruppe Ennepe-Ruhr

13. April, Seniorentreffen des Südkreises, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Café Restaurant Plessen, Talsperrenweg 114, 58256 Ennepetal

Kreisgruppe Heinsberg

2. April, Polizeifest mit buntem Showprogramm, Eintrittskarten sind bei den

NACHRUF

Alexander Balzer	7. 7. 1957	Hochsauerlandkreis	Margarete Morys	24. 1. 1925	Viersen
Ernst Bertgen	26. 7. 1931	Recklinghausen	Alois Pawelczyk	8. 6. 1953	Duisburg
Maria Brähler	24. 7. 1923	Selm	Wilhelm Pollen	30. 5. 1920	Essen/Mülheim
Heinrich Ennulat	14. 3. 1923	Bochum	Fritz Rakelbusch	5. 11. 1912	Duisburg
Helene Frantzen	3. 3. 1924	Euskirchen	Kurt Reinartz	2. 6. 1921	Köln
Reinhold Freyer	15. 7. 1932	Wesel	Josefine Sander	19. 4. 1914	Gelsenkirchen
Waldemar Gebser	27. 10. 1921	Dortmund	Karl Heinz Scheer	1. 11. 1920	Hagen
Karl Geiß	29. 1. 1917	Münster	Johannes Schiefer	27. 4. 1921	Siegburg
Karl-Heinz Hageneier	8. 12. 1930	Düren	Gerhard Schneider	24. 9. 1919	Lippe
Dieter Heiden	1. 2. 1947	Münster	Heinrich Spohr	13. 5. 1912	Bochum
Edwin Jansa	17. 10. 1926	Minden-Lübbecke	Dr. Egon Strathmann	18. 9. 1920	Bielefeld
Herbert Kirchner	17. 9. 1929	Bonn	Rudolf Vierbücher	17. 7. 1924	Siegen
Eckhard Klaus	30. 4. 1962	Bielefeld	Udo Viermann	31. 3. 1935	Recklinghausen
Uwe Klotz	2. 3. 1938	Bonn	Karl Voormann	19. 11. 1920	Essen/Mülheim
Franz Knake	1. 3. 1923	Ennepe-Ruhr	Anneliese Völker	31. 10. 1922	Bochum
Alfred Laufer	5. 2. 1933	Bochum	Josef Winkelhaus	15. 3. 1924	Autobahnpolizei Münster
Gerhard Michel	11. 11. 1936	Mettmann			

